

NIEDERSCHRIFT

über die **10.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **19.05.2015**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:50 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Franz-Josef Radmacher
Vertretung für Herrn Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
Vertretung für Herrn Klaus Krützen
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Harald Holler
Vertretung für Herrn Rainer Thiel MdL
12. Herr Dieter Jüngerkes

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Herr Erhard Demmer
- 14. Frau Angela Stein-Ulrich

Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

- 16. Frau Kirsten Eickler

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 18. Herr Robert Abts
- 19. Frau Heike Bongers
- 20. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 21. Herr Günter Hassels
- 22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 24. Herr Marcus Temburg
- 25. Herr Harald Vieten

- **Schriftführer**

- 26. Herr Stefan Heithoff

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Kenntnisnahme von Niederschriften	5
2.1.	Landschaftsbeirat vom 10.03.2015.....	5
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum April/Mai 2015 Vorlage: 61/0623/XVI/2015.....	6
4.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum April/Mai 2015 Vorlage: 61/0621/XVI/2015	8
5.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Mai 2015) Vorlage: ZS5/0608/XVI/2015.....	8
6.	SGB II- Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0632/XVI/2015.....	8
7.	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen - Bewilligungen 2014 Vorlage: 20/0599/XVI/2015	9
8.	Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW Vorlage: 68/0622/XVI/2015	9
8.1.	Antrag auf Vertagung des Beschlusses.....	10
8.2.	Beschlussfassung zum Sachantrag.....	10
9.	Neustrukturierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes durch die KV Nordrhein Vorlage: IV/0636/XVI/2015.....	10
10.	Anträge	11
11.	Mitteilungen	11
11.1.	Bürgernahe Polizei	11
11.2.	Spatenstich IKEA	11
11.3.	Brückengipfel.....	11
11.4.	Sportpartnerschaften.....	11
12.	Anfragen	12
12.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen zur Beschulung von Seiteneinsteigern im Rhein-Kreis Neuss.....	12
12.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen zur Beratungsstelle Flüchtlinge	12

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 4: Bericht zur Regionalarbeit	- Resolution RegioGipfel der Metropolregion Rheinland ☒
Zu Top 12 Anfragen	- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Beschulung von Seiteneinsteigern im Rhein-Kreis Neuss ☒ - Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Beratungsstelle Flüchtlinge ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dr. Klose berichtete aus der 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.5.2015. Dort sei beschlossen worden, den Ehrenamtspreis für soziales Engagement mit dem Integrationspreis zusammenzuführen. In der örtlichen Presse seien Diskussion und Beschlussfassung jedoch unzutreffend wiedergegeben worden. Entgegen der Darstellung in der Presse sei der Ehrenamtspreis nicht abgeschafft worden. LR Petrauschke merkte an, um die Wertschätzung für die Auszeichnungen zu erhalten, dürften nicht zu viele Preise vergeben werden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel widersprach der Darstellung von Herrn Dr. Klose. Eigentlich sei vorgesehen gewesen, den Ehrenamtspreis für soziales Engagement abzuschaffen. Der gefasste Beschluss sei ein Kompromiss gewesen.

Herr Vieten berichtete über die 12. Verleihung des Ehrenamtspreises in Braunschweig. Laudator war Herr Vizekanzler Gabriel. Bei der Veranstaltung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Anregung für die Verleihung des Preises auf den Ehrenamtspreises des Rhein-Kreises Neuss zurückgeht.

2.1. Landschaftsbeirat vom 10.03.2015

KA/20150519/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Landschaftsbeirates vom 10.03.2015 zur Kenntnis.

3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum April/Mai 2015 Vorlage: 61/0623/XVI/2015

Protokoll:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen betreffend den Quecksilberausstoß von Braunkohlekraftwerken führte Landrat Petrauschke aus, dass dem Protokoll der 21-seitige Zwischenbericht des Instituts für Energie- und Umwelttechnik e. V. in Duisburg beigelegt werde (s. **Anlage**). Er merkte an, dass zwingende Voraussetzung für den Fortbestand der heimischen Unternehmen die Sicherstellung der Grundlast zu günstigen Preisen ist. Die regenerativen Energien würden zwar einen wertvollen Beitrag zur Energieversorgung leisten, könnten die Grundlast jedoch nicht gewährleisten. Derzeit seien hierzu noch entweder fossile Brennstoffe oder die Kernenergie erforderlich. Wenn keine Kernenergie mehr eingesetzt werde, sei der Einsatz fossiler Brennstoffe zur Sicherung der Grundlast unabdingbar. Im Übrigen sei stetig in den letzten Jahren der Strukturwandel vorbereitet worden.

Kreistagsabgeordneter Demmer wies auf die hohe Gesamtbelastung mit Quecksilber in Deutschland von 4.950 kg hin. Die Braunkohle habe hieran einen wesentlichen Anteil. In den USA seien die Grenzwerte deutlich niedriger. Zu der Pressemitteilung des Kreises vom 13.05.2015 merkte er an, hierbei handele es sich nicht um eine neutrale Information, sondern diese diene nur Wahlkampfzwecken. Das Argument, nationale Alleingänge brächten keinen Erfolg, sei ein reines Abwehrargument. Die ältesten Braunkohlekraftwerke müssten einen Beitrag dazu leisten, den Klimawandel zu stoppen.

Nach Ansicht von Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Ammermann vermittelt die Berichterstattung im Erftkurier zu diesem Thema den Eindruck, RWE habe sich falsch verhalten. Dies sei aber unzutreffend. Die Emissionen der örtlichen Braunkohlekraftwerke lägen deutlich unter den in Deutschland geltenden Grenzwerten und würden auch die in den USA geltenden Grenzwerte einhalten. Die Belastung durch Quecksilber auf der ganzen Welt belaufe sich auf 7.500 t/Jahr. Hiervon stammten über 5.000 t aus natürlichen Quellen. Nur etwa 2.000 t seien durch Menschen verursacht. Davon entfielen rund 800 t auf die Emissionen aus Kraftwerken. Die Kraftwerke in Deutschland hätten hieran einen Anteil von lediglich 6 t. Im Übrigen sei es Aufgabe des Landrats, die örtlichen Interessen des Rhein-Kreises Neuss zu vertreten und sich hierzu auch zu äußern.

Kreistagsabgeordneter Wappenschmidt machte deutlich, dass die Kraftwerke für die wirtschaftliche Situation und die Entwicklung im Rhein-Kreis Neuss und für den Wohlstand seiner BürgerInnen von besonderer Bedeutung sind. Die Umsetzung der Vorschläge von Vizekanzler Gabriel würde im Rhein-Kreis Neuss zu schweren Brüchen hinsichtlich der wirtschaftlichen Struktur führen. Die Braunkohle werde noch für eine Übergangszeit als Energieträger benötigt und sei darüber hinaus auch ein wertvoller heimischer Rohstoff, insbesondere für die chemische Industrie.

Landrat Petrauschke merkte an, dass die Umsetzung des sogenannten Gabriel-Papiers zur Folge hätte, dass bis auf 3 alle Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden müssten. Dann wäre die preisgünstige Grundlast nicht mehr abgedeckt und die heimischen Betriebe in ihrem Bestand gefährdet. Derzeit sei die Braunkohle daher unabdingbar. Überdies sei deren Effizienz in den vergangenen Jahren um 30% gesteigert worden.

Kreistagsabgeordneter Demmer lobte den Einsatz des Landrates für die Arbeitsplätze,

wiederholte aber noch einmal, dass die Form der Pressemitteilung aus seiner Sicht nicht korrekt gewesen sei. Ursache des Problems sei unter anderem, dass es in Deutschland keinen funktionierenden Emissionshandel gebe. Dies habe unter anderem zur Folge, dass Gaskraftwerke mit weit weniger Emissionen still gelegt würden. Auch die CDU im Rhein-Kreis Neuss habe sich dem Klimaschutzziel verschrieben.

Kreistagsabgeordneter Welsink stellte die Bedeutung der Kraftwerke für die regionale Entwicklung heraus. In diesem Zusammenhang seien unsachliche Äußerungen nicht hilfreich, sondern nur eine sachliche Diskussion der anstehenden Probleme. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet gebe kein positives Beispiel für die Region. Strukturbrüche wie im Ruhrgebiet müssten vermieden werden.

Kreistagsabgeordnete Eickler führte aus, soweit sie wisse gebe es bereits Speichertechnologien, die es ermöglichen, den Bedarf für 24 Stunden sicherzustellen, zum Beispiel über Pumpspeicherwerke.

Nach Ansicht des Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel ist ein geordneter und systematischer Strukturwandel unverzichtbar aber die Arbeitsplätze müssten erhalten bleiben.

Kreistagsabgeordneter Demmer wies noch einmal darauf hin, dass das Problem nicht steigende Strompreise, sondern sinkende Strompreise sind. Die Probleme lägen unter anderem darin, dass einige Unternehmen in der Vergangenheit falsche Entscheidungen getroffen haben.

Kreistagsabgeordneter Djir-Sarai stellte klar, dass Gegenstand der heutigen Diskussion das Problem Quecksilber sei und nicht die Braunkohle. Über die Braunkohle sei bereits in der Vergangenheit, so in der März-Sitzung des Kreistages diskutiert worden. Wer es damals versäumt habe, hierzu einen Beitrag zu leisten, könne dies nicht in der heutigen Sitzung nachholen. Im Übrigen gehöre es zu den Aufgaben des Landrats, Partei zu ergreifen für die Interessen des Rhein-Kreis Neuss.

Kreistagsabgeordneter Fischer stimmte Herrn Djir-Sarai zu, dass die SPD im Landtag eine andere Position zum Thema Braunkohle vertritt als die SPD-Fraktion im Kreistag. Die SPD im Rhein-Kreis Neuss stehe zu den Klimazielen. Diese dürften aber nicht zu Lasten der Braunkohle umgesetzt werden.

Landrat Petrauschke erinnerte daran, welche Probleme RWE bei der Umsetzung von Vorhaben zur Energiespeicherung z.B. in der Eifel und im Schwarzwald hatte. Die weit über dem Marktpreis liegenden Preisgarantien für regenerative Energien seien kontraproduktiv. Das Problem der Grundlast könne derzeit über regenerative Energiequellen nicht gelöst werden.

KA/20150519/Ö3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohleplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum April/Mai 2015 zur Kenntnis.

**4. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum April/Mai 2015
Vorlage: 61/0621/XVI/2015**

KA/20150519/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum April/Mai 2015 zur Kenntnis.

**5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Mai 2015)
Vorlage: ZS5/0608/XVI/2015**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Welsink regte an, die Erfolge der Arbeit des Kreises zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung künftig deutlicher herauszustellen, z.B. durch Kennzahlenvergleiche und durch positive Nachricht wie den Anstieg der Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

KA/20150519/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa Stand: Mai 2015 zur Kenntnis.

**6. SGB II- Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/0632/XVI/2015**

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage und informierte ergänzend über die aktuellen Zahlen für den Monat Mai 2015. Im Mai 2015 lagen die Aufwendungen des Kreises für die Kosten der Unterkunft bei rund 6,575 Mio. €, die Bundesbeteiligung betrug 1,698 Mio. €. Die Gesamtbelastung des Rhein-Kreis Neuss mit den Kosten der Unterkunft beträgt somit für die Zeit von Januar bis Mai 2015 rund 24,118 Mio. €. Dies sind rund 41,72 % der für 2015 veranschlagten Aufwendungen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel berichtete, dass die Erreichbarkeit des Jobcenters nach wie vor nicht genügend gegeben sei. Das könne so nicht hingenommen werden. Dies habe auch der Landrat in der Trägerversammlung unterstützt.

Landrat Petruschke wies darauf hin, dass das Jobcenter keine Einrichtung des Kreises ist. Die Kreisverwaltung werde sich aber dafür einsetzen, den Service und insbesondere die Erreichbarkeit zu verbessern.

**7. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen - Bewilligungen 2014
Vorlage: 20/0599/XVI/2015**

KA/20150519/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Aufstellung der 2014 bewilligten Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen zur Kenntnis.

**8. Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW
Vorlage: 68/0622/XVI/2015**

Protokoll:

Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage führte Dezernent Mankowsky aus, die dargestellten Unsicherheiten resultierten insbesondere aus der Beschränkung auf nur noch 4 Müllverbrennungsanlagen. Hierdurch würden die übrigen Anlagenbetreiber benachteiligt und die anstehende Ausschreibung der Entsorgungsleistungen durch den Kreis erschwert. Die Beschränkung des Wettbewerbs werde voraussichtlich zu höheren Entsorgungspreisen führen. Der Kreis werde alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten prüfen, um die Einschränkung seines Handlungsspielraums abzuwenden. Gegebenenfalls müssten Rechtsmittel gegen Weisungen des Landes zur Umsetzung des Abfallwirtschaftsplanes eingelegt werden. In Betracht komme auch eine Beschwerde bei der EU-Kommission. Möglicherweise lassen sich die für den Kreis nachteiligen Folgen des angekündigten Abfallwirtschaftsplanes auch dadurch vermeiden, dass geeignete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Abfallsortierung getroffen werden. Dann könnten die Abfälle anders deklariert werden und würden nicht mehr den Bestimmungen des Abfallwirtschaftsplanes unterfallen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel wies darauf hin, dass die geänderten Regelungen des Abfallwirtschaftsplanes nicht mit dem in Einklang stehen, was vorher kommuniziert worden ist.

Kreistagsabgeordneter Demmer vertrat die Auffassung, die Entsorgungspreise würden in jedem Falle sinken. Die Vorschläge der Verwaltung sollten vorab im Planungs- und Umweltausschuss diskutiert werden.

Kreistagsabgeordneter Wappenschmidt machte deutlich, dass Preiserhöhungen zum Nachteil der BürgerInnen des Kreises in jedem Fall vermieden werden müssen. Die Verwaltung solle alle hierfür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten prüfen.

Kreistagsabgeordneter Fischer lobte die ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Lösungsansätze. Er bat darum, diese zunächst im Planungs- und Umweltausschuss zu erörtern und stellte den Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen.

Landrat Petruschke wies darauf hin, dass wegen des Auslaufens des Entsorgungsvertrages ein nicht unerheblicher Zeitdruck besteht. Es sei deshalb erforderlich, den vorgesehenen Beschluss jetzt zu fassen.

8.1. Antrag auf Vertagung des Beschlusses

Protokoll:

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Beratung und Beschlussfassung zum TOP 8 wird vertagt und zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

KA/20150519/Ö8.1

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Beratung und Beschlussfassung zum Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW zu vertagen, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich:

10 Gegenstimmen (CDU, KTA Djir-Saraj, KTA C. Thiel, Landrat)

8.2. Beschlussfassung zum Sachantrag

KA/20150519/Ö8.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Abfallwirtschaftsplan zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich: CDU, FDP, Landrat

5 Enthaltungen (SPD, KTA Eickler)

2 Gegenstimmen (Bündnis '90/Die Grünen)

9. Neustrukturierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes durch die KV Nordrhein

Vorlage: IV/0636/XVI/2015

Protokoll:

Dezernent Mankowsky berichtete, dass sich die Vertreterversammlung der Ärztekammer gegen die von der KV Nordrhein vorgeschlagenen Neustrukturierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes ausgesprochen hat. Die Vertreterversammlung hat damit den auch vom Krankenhausausschuss und vom Kreisausschuss vorgetragene Bedenken Rechnung getragen. Die Notfallpraxis in Dormagen bleibt somit erhalten. Mit der am Kreiskrankenhaus Grevenbroich bereits umgesetzten Verzahnung der Notfallpraxis mit der Notaufnahme des Krankenhauses habe man gute Erfahrungen gemacht. Dieses Modell sollte auch für Dormagen geprüft werden.

Nach Ansicht von Kreistagsabgeordneten Dr. Ammermann sind die von der kassenärztlichen Vereinigung vorgeschlagenen Veränderungen nicht im Sinne der Patienten und

auch nicht im Sinne der Krankenhäuser. Folge wäre eine zusätzliche Beanspruchung der Notaufnahme der Krankenhäuser.

10. Anträge

Protokoll:

Es lagen keine Anträge vor.

11. Mitteilungen

11.1. Bürgernahe Polizei

Protokoll:

Die Antwort auf die Anfrage zur bürgernahen Polizei wird dem Protokoll beigelegt (s. **Anlage**).

11.2. Spatenstich IKEA

Protokoll:

Am 12.05.2015 fand der erste Spatenstich der K 37n in Kaarst mit BM und IKEA statt.

11.3. Brückengipfel

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge informierte über eine Veranstaltung, zu der Landesminister Groschek die Straßenbaustatthalter eingeladen hat. Zahlreiche Straßenbrücken in NRW sind sanierungsbedürftig. Nach den Feststellungen des Landes stehen hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung. Die Planung der Sanierungsarbeiten sei jedoch aufwändig und die Ressourcen für die Planungsarbeiten seien beschränkt. Der Bund habe jedoch angekündigt, Planungsressourcen zur Verfügung zu stellen. Um zusätzliche Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses zu vermeiden, könnten die Brücken jedoch nur nacheinander saniert werden.

11.4. Sportpartnerschaften

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel sprach die Unterbringung der Jugendlichen an. Seiner Auffassung nach ist die Unterbringung in Jugendherbergen keine optimale Lösung. Um den Partnerschaftsgedanken zu stärken, sei es besser, die Jugendlichen in Familien unterzubringen.

Kreisdirektor Brügge führte hierzu aus, dass die mangelnde Bereitschaft, Jugendliche in Familien aufzunehmen, möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass die Veranstaltung während der Schulferien stattgefunden hat.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel bat darum, die Ferientermine künftig bei der Terminplanung mit zu berücksichtigen.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen zur Beschulung von Seiteneinsteigern im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Demmer dankte für die informativen Ausführungen.

12.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen zur Beratungsstelle Flüchtlinge

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Demmer dankte für die informativen Ausführungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez.
Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

gez.
Stefan Heithoff
Schriftführung